

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Sie, Herr Bürgermeister, haben in ihrer Haushaltsrede ein Umdenken gefordert und dies auf allen Ebenen. Ein „weiter so“ wird nicht funktionieren, fügten sie hinzu. Sie nannten drei Beispiele:

- 1) Ein Umdenken von Bund und Land bei der Flüchtlingskrise
- 2) Ein Umdenken bei der Kreisumlage bezogen auf den Kreis Olpe und
- 3) Ein Umdenken bei uns in der Gemeinde Wenden bezogen auf die Investitionsstrategie.

Lassen Sie uns in der Gemeinde Wenden bleiben, denn da haben wir Probleme genug und da sind wir gefordert. Deshalb werde ich auf das letzte Beispiele in meiner Haushaltsrede näher eingehen.

Herr Bürgermeister, solch einen Haushalt habe ich in den letzten 40 Jahren noch nicht erlebt. Nicht das der Cyber-Angriff im Oktober die Arbeit rund um den Haushalt ungemein erschwert hat, der Kreis Olpe eine Erhöhung der Kreisumlage von 35 Mio. € fordert, Sie die Hebesätze der Realsteuer bis zum Satzungsbeschluss, also heute, auf den Prüfstand stellen wollen, jetzt haben Sie plötzlich festgestellt oder feststellen lassen, dass unsere Investitionen in den nächsten 4 Jahre, die wir seit vielen Jahren beraten und immer im Haushalt einbuchen eine Utopie sind, d.h. überhaupt nicht umsetzbar sind. Nicht des Geldes wegen, wie man bei einer Investitionssumme von mindestens 80 Mio. € meinen könnte, nein, Sie haben **jetzt** festgestellt, dass für eine Umsetzung nicht das erforderliche Personal zu Verfügung steht. Das bedeutet, dass die drei Architekten, auch bei einer möglichst großen Fremdvergabe, nicht 20-25 Mio. €, wie seit Jahren geplant, sondern nur 8-10 Mio. € umsetzen können. *Das fällt Ihnen aber spät ein.* Den Rat fordern Sie auf, die seit langem vorbereiteten Maßnahmen zu priorisieren und ich zitiere „auf das zwingend Notwendige und Machbare“. Damit fordern Sie uns auf, wichtige Projekte in eine „Warteschleifen“ zu schieben, ggf. sogar zu streichen. *Damit schieben Sie uns den schwarzen Peter zu.* Diese realistische Priorisierung der Maßnahmen wäre zuallererst Ihre Aufgabe gewesen.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass geplant war, und zwar schon seit Jahren, in den nächsten vier Jahren über 80 Mio. € in die Infrastruktur der Gemeinde Wenden zu investieren. Arbeitskreise stehen vor ihrem Ab-

schluss, wie bspw. beim Schwimmbad und bei dem Feuerwehrhaus in Hünsborn sind schon Grundstücke gekauft worden. Auch in Hillmicke sind die Planungen vorgeschritten. Bei den Grundschulen wird seit Jahren in Arbeitskreisen intensiv gearbeitet, denken Sie zum Beispiel an die Erweiterung der Grundschule in Rothemühle und den großflächigen Umbau der Gesamtschule zu einem Lern- und Kulturzentrum. Jetzt heißt es, untermauert durch ein Gutachten, das die Umsetzung, wenn überhaupt, nur viel, viel langsamer geht. Was in vier Jahren langfristig geplant war, soll jetzt mindestens zehn Jahre dauern. Sie sagen, Sie hätten auf die Überforderung der Hochbauabteilung, mit 3 Architekten, mehrfach hingewiesen. Das habe ich so aber nicht gehört. Dann hätten Sie schon vor Jahren die Reisleine ziehen müssen, so wie sie diese jetzt gezogen haben. Inzwischen wurden neben den vielen Arbeitskreisen, Workshops und Gutachten viele Millionen € ausgegeben und es ist überhaupt nicht sicher, ob dies z.T. verlorene Ausgaben sind. Wer kann schon sagen, ob Gutachten usw. in ein paar Jahren noch brauchbar und aktuell sind.

Viele Lehrer, Kinder und Eltern warten auf einen notwendigen Umbau bzw. Neubau von den Schwimmbad, Grundschulen und der Gesamtschule. Die Feuerwehrfrauen und -männer, die in Hillmicke und Hünsborn im Ehrenamt tätig sind und auf einen Neubau warten, werden jetzt wieder getröstet. Warum haben Sie so lange gewartet? Es wurden so viele Hoffnungen geweckt. Die Bürger*innen und wir sind enttäuscht!

Sie haben angekündigt, **wenn** der Rat die Priorisierung nicht vornimmt, werden Sie entscheiden, was weitergebaut bzw. gestoppt wird. Da in den Neubau des Schwimmbads schon hohe Summen investiert wurden, sollte dieses Projekt als erstes vorangetrieben werden. Alles weitere, die Modernisierungen und Neubauten des Feuerwehrhauses in Hünsborn und Hillmicke, der GS Rothemühle, der Gesamtschule Wenden, sowie der GS Wenden und Gerlingen kommen leider in die Warteschleife. Glauben Sie mir, das fällt uns nicht leicht. Diese Vorgehen haben ganzalleine Sie, Herr Bürgermeister, zu verantworten.

Die Diskussion in der letzten Ratssitzung bezüglich der Unterbringung von **Geflüchteten**, hat uns vor Augen geführt, welche Kraftanstrengung die Mitarbeiter*innen im Sozialamt täglich leisten. Über 500 geflüchtete Menschen sind bereits jetzt in der Gemeinde Wenden und es werden jede Woche mehr. Wir schlagen vor, eine Sozialarbeiterstelle im Sozialamt für die Flüchtlinge neu einzurichten. Des Weiteren beantragen wir, für die Zukunft zeitnah neue Standorte für eine mögliche Unterbringung von Geflüchteten zu suchen, damit dies nicht mehr unter dem bisherigen Zeitdruck erfolgt. Die Bewertung eines möglichen Standortes sollte neben Kosten, Verteilung, Größe, Baurecht und bisheriger Nutzung auch die

Lage im Hinblick auf Integration und Sozialverträglichkeit, heißt: Bushaltestellen in der Nähe und Einkaufsmöglichkeiten, beinhalten. Auch sollte man berücksichtigen, ob Kitas und Schulen in anderen Orten erreicht werden können.

Wir haben dieses Jahr einen Förderantrag für die **PV-Anlagen** auf der Turnhalle sowie für den neu zu errichteten Parkplatz an der Gesamtschule Wenden gestellt. Dieser Antrag ist mit 90% Zuschuss bewilligt worden. Wir möchten, dass im Jahr 2024 auch für die Dächer an der Gesamtschule, des Bauhofes, der Grundschule Gerlingen sowie des Feuerwehrgerätehauses in Wenden Anträge gestellt werden. Wir sind der Ansicht das diese Anlagen auch mit einer geringeren Förderung umgesetzt werden sollten.

Die Neufassung der Landesbauordnung gilt ab Januar 2024 und konkretisiert für NRW das Schottergartenverbot. §8 der Landesbauordnung regelt, wie mit nicht bebauten Flächen auf dem Grundstück umgegangen werden muss: Unbebaute Flächen „sind als Grünfläche 1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und 2. zu begrünen oder zu bepflanzen“. Diese Konkretisierung war notwendig und hilfreich. Ich bitte die Verwaltung den Bürger*innen über diese Sachverhalt bei Kauf eines Grundstücks zu informieren.

Was Erfreuliches haben wir bei den Abwassergebühren zu verzeichnen. Der Schmutzwasserbeitrag sinkt um 9 Cent auf 3,10 € und der Niederschlagswasserbeitrag erhöht sich um 2 Cent auf 0,58 €. Viel anders sieht es leider bei den Müllgebühren aus. Der aktuelle Kalkulationszeitraum ist mit Ende dieses Jahrs abgelaufen. Konnten noch durch eine angesammelte Gebührenausgleichsrücklage in den Jahren 2016-2019 die Beiträge 2020-2023 erheblich Reduziert werden, Ist dies jetzt nicht mehr möglich. Beim Restabfall beträgt die Steigerung 58% und beim Bioabfall immerhin noch 21%. Dies sind bei jeweils 80 Liter Behälter im Jahr 48,80€ mehr.

Der Gesamthebesatz der **Kreisumlage** erhöht sich von 55,03% im Jahr 2023 auf 66,34% im Jahr 2024. Dies bedeutet eine Erhöhung der Kreisumlage um 35,3 Mio. €, für die Gemeinde Wenden sind dies 5,321 Mio. €. Treiber ist der historisch hohe Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentliche Dienst von 10,54% und die damit einhergehenden Personal- und Versorgungsaufwendungen mit einem Mehraufwand von 10,6 Mio. € allein im Kreishaus und 6,3 Mio. € Mehraufwand bei der Landschaftsumlage und 3,9 Mio. € Mehraufwand bei der Kindertagesbetreuung (steigende Personal und Sachkosten). Hier schlägt also allein der Tarifabschlusses mit ca. 20 Mio. € zu buche. Ich möchte die Höhe der Kreisumlage nicht gut-

heißen, nur um Verständnis bitten. Als Kreistagsmitglied werde ich sicher bei allen Entscheidungen auch die Auswirkung auf den Gemeindehaushalt bedenken.

Und wo wir bei der Kreisumlage sind, müssen wir über die Biologische Station reden.

Seit ca. 9 Monaten haben Vertreter von Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutzverbände einen Vertrag für einen Förderverein zur Gründung einer Biologischen Station erarbeitet. Dieser stand kurz vor dem Abschluss. Man muss wissen der Kreis Olpe ist der einzige Kreis, der keine Station hat und seit Jahrzehnten wird um diese Station gerungen.

Jetzt haben die Bürgermeister wohl erklärt, aufgrund der allseits gestiegenen Kosten sich nicht an dem Projekt zu beteiligen. Daraufhin hat die CDU-Fraktion im Kreis den Vorschlag von Herrn Landrat Melcher am Montag eine Absage erteilt. Was wir sehr bedauern.

Die Kosten für den Kreis liegen, wenn die Biologische Station kommt, bei einer 80prozentigen Landesförderung im Jahr bei 120.000,-€ wenn sie nicht kommt kostet es den Kreis 300.000,-€. Der Vorteil liegt insgesamt bei 1-2 Mio. Förderung für den Verein.

An einer Biologische Station arbeiten Experten die Landwirtschaft, Verwaltungen, Vereine, Schulen, Ortsvorsteher Bürger*innen und Betriebe in allen Biologischen Angelegenheiten beraten können. Und das ist wichtiger denn je. Denn neben dem Klimakrise ist die **Biologische Krise** genauso bedrohlich für uns Menschen. Der Pflanzen- und Tierrückgang auch bei uns in der Gemeinde Wenden bzw. im Kreis Olpe ist weit fortgeschritten. Ich bitte Sie Herr Bürgermeister sich zu erklären, warum ist der Rat nicht zu diesem Thema gehört worden. Wir bedauern das sehr.

Zunehmend wird deutlich, dass eine Wärmewende, auch hier in der Gemeinde Wenden, nur gelingt, wenn wir jenseits von Einzelprojekten Konzepte etablieren und die entwickelten Umsetzungsschritte konsequent vorantreiben. Genau hier setzt die **Kommunale Wärmeplanung** an. Wir fordern die Verwaltung auf, hier zeitnah zu handeln. Dieses Jahr gab es noch 90 % Förderung. Nächstes Jahr sollen es noch 60 % sein, und es ist zu befürchten, dass auch diese Förderprogramme perspektivisch wegfallen werden.

Wir haben im August dieses Jahres über mögliche Wohnformen in der Gemeinde gesprochen. Die Nachfrage nach „Tiny Houses“ war nicht groß, dass lag ggf. daran, dass nur Bürger*innen, die ein Grundstück von der Gemeinde kaufen wollten, befragt worden sind. In Olpe war es genau umgekehrt. Wir möchten im nächsten größeren Baugebiet eine Fläche von ca.

600m² für drei **Tiny Häuser** reservieren. Wenn die Nachfrage nicht da ist, kann das Grundstück jederzeit an einen Bauwilligen verkauft werden.

Abschließend möchte ich mich im Namen der Fraktion von Bündnis90/Die GRÜNEN ganz herzlich bei allen am Haushalt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerei, namentlich Herrn Thomas Munschek mit seinem Team, bedanken. Ich möchte der Beratung einen sachlichen Verlauf wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Elmar Holterhof

Es gilt das gesprochene Wort

Anträge der Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN der Gemeinde Wenden
zur Ratssitzung am 13.12.2023

1. Wir beantragen, dass eine Sozialarbeiterstelle im Sozialamt neu eingerichtet wird, die im Wesentlichen für die Integration der Flüchtlinge zuständig ist. Des Weiteren beantragen wir, für die Zukunft zeitnah neue Standorte für eine mögliche Unterbringung von Geflüchteten zu suchen, damit dies nicht mehr unter dem bisherigen Zeitdruck erfolgen muss. Die Bewertung eines möglichen Standortes sollte neben Kosten, Verteilung, Größe, Baurecht und bisheriger Nutzung auch die Lage im Hinblick auf Integration und Sozialverträglichkeit, heißt: Bushaltestellen in der Nähe und Einkaufsmöglichkeiten, beinhalten. Auch sollte man bei der Untersuchung berücksichtigen, ob Kitas und Schulen in anderen Orten erreicht werden können.
2. Wir beantragen, dass die Verwaltung im Jahr 2024 mit der Kommunalen Wärmeplanung beginnt.
3. Wir beantragen, dass in einem der nächsten größeren Baugebiete in der Gemeinde Wenden eine Fläche von ca. 600 m² für drei Tiny Häuser reserviert wird. Sollte die Nachfrage nicht da sein, kann das Grundstück jederzeit an einen Bauwilligen, der ein Einfamilienhaus bauen möchte, verkauft werden.